

Freiheitsindex 2021

Harald Glaser / Janine Heinz / Günther Ogris

Wien, Februar 2022

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Methodische Vorgehensweise	6
1 Wie geht es den Menschen nach zwei Jahren Pandemie?	8
2 Wer soll die Last der Corona-Krise tragen?.....	15
3 Wie steht es um verschiedene Aspekte der Freiheit?	20
4 Wie kann das Freiheitsgefühl gestärkt werden?.....	27
5 Zentrale Ergebnisse	32
Literaturverzeichnis	34
Abbildungen	35

Daten zur Untersuchung

Thema:	Freiheitsgefühl in Österreich
AuftraggeberIn:	NEOS Lab
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	Janine Heinz, MSSc.
Autor*innen:	Mag. Harald Glaser Janine Heinz, MSSc. Günther Ogris, MA
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich
Stichprobenumfang:	Freiheitsindex: 2.003 (= Split: 1.094/1.094) darunter n=360 Menschen im Alter von 16 bis 26
Stichprobendesign/-ziehung:	Geschichtete Zufallsauswahl
Art der Befragung:	Methodenmix CATI (Telefonbefragung) und CAWI (Online)
Befragungszeitraum:	13. August 2021 bis 5. Oktober 2021
Gewichtung:	Nach Geschlecht, Alter und Einwohner*innenzahl

Einleitung

Im Jahr 2021 fand bereits zum vierten Mal die Erhebung des Freiheitsindex statt. Dieser wurde 2018 anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Republik als Zusatzerhebung des Demokratie Monitors von SORA etabliert. Im Rahmen dieser zusätzlichen Erhebung war eine Dauer von ca. vier Minuten für die Fragen des Freiheitsindex 2021 vorgesehen. Das Ziel des Demokratie Monitors ist die Untersuchung der Einstellungen von Menschen gegenüber der Demokratie und das Erkennen von Warnsignalen bei der Betrachtung dieser. Darin eingebettet ist die Zielsetzung des Freiheitsindex, einerseits das persönliche Freiheitsgefühl der Menschen in Österreich zu messen und zusätzlich Einstellungen gegenüber demokratischen Grundfreiheiten zu untersuchen. Beide Aspekte wurden bisher anhand von zwei verschiedenen Kennzahlen, welche Ausprägungen zwischen 0 und 10 annehmen konnten, abgebildet und deren Veränderungen wurden im Jahresverlauf betrachtet.

Neben den Ebenen „Freiheitsgefühl“ und „Freiheitsliebe“ beschäftigte sich die dritte Ebene mit einem jährlich wechselnden Schwerpunkt. 2018 behandelte dieser das Thema „EU-Grundfreiheiten“ und 2019 wurden die Einstellungen zu dem Thema „Eigentum“ untersucht. Im Jahr 2020 stand der untersuchte Schwerpunkt im Zeichen der Corona-Pandemie, welche keine Bereiche – sei es privat, beruflich oder politisch - unberührt ließ.

Aufgrund von geringen Veränderungen der Kennzahlen im Jahresvergleich fand 2021 eine Neu-Konzeption des Freiheitsindex statt. Im Zentrum dieser Neu-Konzeption steht die Frage, wie das Freiheitsgefühl gestärkt werden kann. Darüber hinaus widmet sich der Freiheitsindex 2021 folgenden Fragen:

1. Wie geht es den Menschen in der Corona-Pandemie?
 - Welche Auswirkungen hat die Pandemie z.B. auf die psychische Gesundheit oder auf die finanzielle Situation?
 - Wer soll die Last der Krise tragen? Zeigen sich in Bezug auf diese Frage Generationenkonflikte?
2. Wie steht es um die verschiedenen Aspekte von Freiheit?
 - Wer sieht sich mit welchen Diskriminierungserfahrungen konfrontiert?
 - In welcher Weise fühlen sich die Menschen in ihrer Lebensqualität eingeschränkt?

- Wie schätzen die Menschen ihre Selbstwirksamkeit (um berufliche Ziele zu erreichen bzw. um mit der eigenen Leistung Eigentum zu erwerben) ein?
 - Welche Einstellungen herrschen gegenüber Sozialleistungen und Sozialstaat vor?
3. Welche dieser Aspekte beeinflussen das Freiheitsgefühl?
- Welche Faktoren spielen für das Freiheitsgefühl eine Rolle und wie kann es gestärkt werden?

Dort wo es möglich ist, werden Vergleiche mit den Ergebnissen der Vorjahre gezogen und so die Veränderungen der Einstellungen aufgezeigt. Bevor sich der vorliegende Bericht den Ergebnissen dieser Fragestellungen zuwendet, werden die methodische Vorgehensweise und die in der Auswertung verwendeten Verfahren kurz erläutert.

Methodische Vorgehensweise

Insgesamt wurden 2.003 Menschen befragt, die zwischen 13. August 2021 und 5. Oktober 2021 telefonisch (CATI) und online (CAWI) Auskunft gaben. Ein durchschnittliches Interview dauerte 19 Minuten, der Freiheitsindex selbst umfasst circa vier Minuten. Dazu wurde im Vorfeld in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber ein standardisiertes Messinstrument (Fragebogen) entwickelt.

Organisation und Durchführung der Erhebung

Die Erhebung fand sowohl telefonisch als auch online statt – 50% der Befragten wurden telefonisch interviewt, 50% nahmen online an der Befragung teil. Die telefonischen Interviews wurden mittels CATI-Technologie durchgeführt. Dabei wird der Fragebogen so programmiert, dass die Interviewer*innen optimal bei der präzisen und korrekten Interviewdurchführung unterstützt werden. Zusätzlich wurde mittels CAWI-Verfahren gearbeitet, das die Durchführung der Erhebung auch online ermöglicht. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 19 Minuten.

Stichprobe

Die Stichprobe entspricht einer vorab nach Gemeindegröße geschichteten Zufallsauswahl von Personen. Damit sind die einzelnen Gemeinden (in Wien: Bezirke) proportional zu ihrer Einwohner*innenzahl in der Stichprobe repräsentiert. Die Teilnehmer*innen an der Online-Erhebung wurden telefonisch und damit offline rekrutiert. Dies ist aufwändig, gewährleistet jedoch die Repräsentativität der Stichprobe (Baur & Florian 2009).

Datenprüfung

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten einer Qualitätsprüfung unterzogen. Dazu wurden im Besonderen Plausibilitätstests durchgeführt.

Gewichtung

Um repräsentative Ergebnisse zu erzielen, muss für jede Person in der Grundgesamtheit die gleiche Wahrscheinlichkeit gelten, für die Stichprobe ausgewählt zu werden. Die Bereitschaft zur Teilnahme variiert jedoch in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen (Schräpler 2000). Diese unterschiedliche Teilnahmebereitschaft kann durch eine Gewichtung der Daten ausgeglichen werden. Diese Gewichtung erfolgt, um die Verteilungen gewisser Merkmale in der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit – der österreichischen Bevölkerung – anzupassen. Die vorliegenden Daten wurden nach den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus und dem Urbanisierungsgrad gewichtet.

Faktorenanalysen

Faktorenanalysen analysieren die Zusammenhangsmuster von ausgewählten Variablen und identifizieren Variablengruppen, innerhalb derer sämtliche Variablen ähnliche Informationen erfassen. Analytisch repräsentiert jede Gruppe ein nicht direkt erhobenes, jedoch über die Summe der Variablen erfasstes, übergeordnetes Konstrukt (Backhaus et al. 2008).

Regressionsanalysen

Zur Klärung der Frage, wie das Freiheitsgefühl gesteigert werden kann, wurde ein Regressionsmodell berechnet. Durch dieses statistische Verfahren kann der Einfluss unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable bestimmt werden (Backhaus et al. 2008). Die zu erklärende Variable ist in diesem Fall das Freiheitsgefühl. Die unabhängigen Variablen werden auf Basis von Zusammenhangsanalysen ausgewählt und ergeben sich demzufolge hypothesengeleitet. Die Berechnung des Modells erfolgte schrittweise, also hierarchisch: Die jeweiligen unabhängigen Variablen wurden nach inhaltlicher Vorauswahl gebündelt und nacheinander in das Regressionsmodell aufgenommen. Diese Vorgehensweise erlaubt es, indirekte Einflüsse zu identifizieren (Cohen et al. 2003).

Schwankungsbreiten

Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Teilgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=2.003$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,2\%$ herangezogen werden: Bei einem Stichprobenwert von 50% liegt der „wahre“ Wert also zwischen 47,8% und 52,2%.

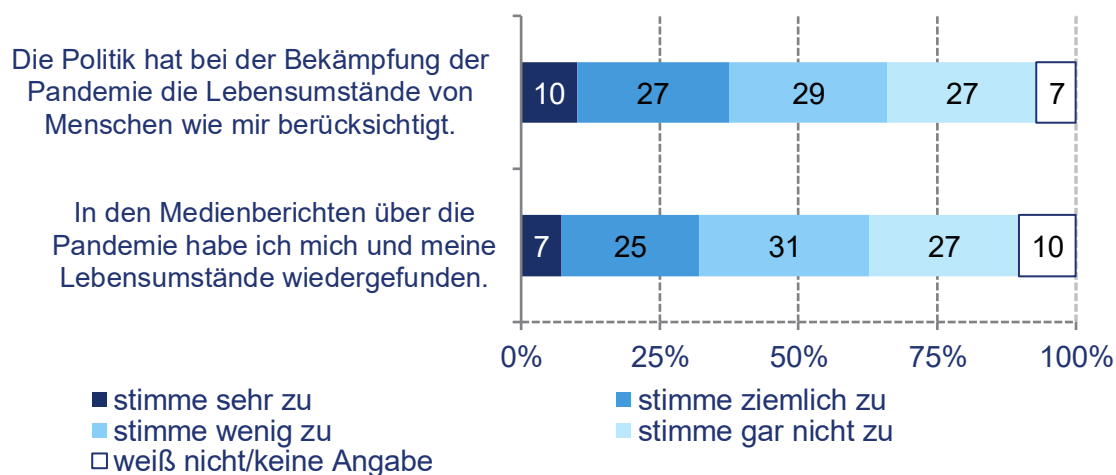
Sämtliche der im Folgenden dargestellten Unterschiede zwischen Teilgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

1 Wie geht es den Menschen nach zwei Jahren Pandemie?

Die ersten Meldungen zum neuartigen Coronavirus zu Beginn des Jahres 2020 bildeten Anstoß zu globalen Auswirkungen, deren Ausmaß zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu erahnen war. Fast zwei Jahre später kann noch immer nicht von einem Ende der Pandemie gesprochen werden. Die Folgen für das menschliche Zusammenleben, die psychische Gesundheit und die ökonomischen Situationen sind nach wie vor omnipräsent. Diese Umstände führen dazu, dass dies mittlerweile der zweite Freiheitsindex ist, der sich mit der Thematik „Corona“ befasst.

Vor dem Hintergrund dieser nun zweijährigen Pandemie wurde untersucht, ob sich die Menschen in Österreich durch Politik bzw. Medien repräsentiert fühlen. Mit 37% haben weniger als 4 von 10 Menschen in Österreich das Gefühl, dass ihre eigenen Lebensumstände von der Politik bei der Bekämpfung der Pandemie berücksichtigt wurden. Auch in der Medienberichterstattung nimmt die Mehrheit ein Repräsentationsdefizit wahr: Rund ein Drittel (32%) hat sich und die eigene Lebenssituation in den Medienberichten über die Pandemie wieder erkannt, 58% sehen sich nicht repräsentiert (Abbildung 1).

Abbildung 1: Repräsentation in der Pandemie



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Bestimmte Gruppen fallen dadurch auf, dass sie sich und ihre Lebensumstände weniger repräsentiert sehen als andere Gruppen. Dies trifft auf jeweils 70% der Personen zu, deren finanzielle Situation bzw. deren psychische Gesundheit sich aufgrund der Pandemie verschlechtert hat. Weitere Gruppen, die sich häufiger unberücksichtigt fühlen, sind die Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen (62%), jene Menschen ohne Matura (65%) bzw. allgemein junge Menschen ohne Matura (61%). Auch 64% der

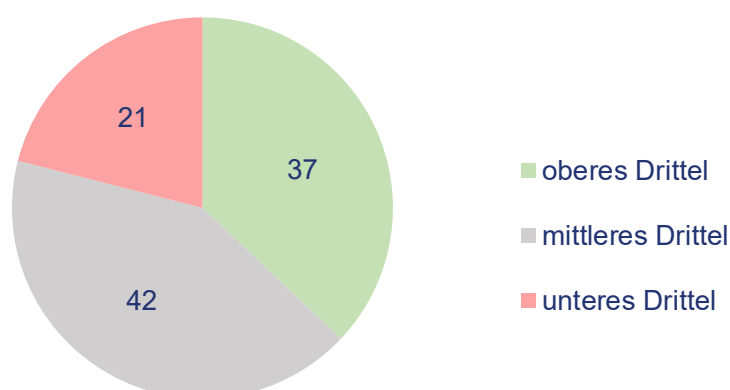
Arbeiter*innen teilen diese Auffassung. Menschen im unteren ökonomischen Drittel bzw. Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind ebenfalls stärker von einem Gefühl mangelnder Repräsentation betroffen: von ihnen sehen sich 73% bzw. 78% nicht repräsentiert.

Das Gefühl mangelnder Repräsentation als Ausdruck politischer Ohnmacht hat im Zuge der Pandemie aber auch im mittleren und oberen Drittel zugenommen: Waren vor der Pandemie noch 70% des oberen ökonomischen Drittels und 57% des mittleren Drittels der Ansicht, dass die Politik bei ihren Entscheidungen die eigenen Lebensumstände berücksichtigt, so sind dies nur mehr 51% (oberes Drittel) beziehungsweise 38% (mittleres Drittel). Das untere ökonomische Drittel fühlte sich bereits vor der Pandemie mehrheitlich nicht in den politischen Entscheidungen repräsentiert.

Exkurs: Messung der ökonomischen Ungleichheit anhand von drei Dritteln

Um die Verteilung ökonomischer Ressourcen zu messen, wurde wie in den vergangenen Erhebungen auch heuer eine Cluster-Analyse herangezogen. Diese basiert auf der Frage nach dem Auskommen mit dem Einkommen sowie auf der Einschätzung der zukünftigen finanziellen Absicherung. Anhand dieser Analyse erfolgt die Einteilung in drei Drittel, wovon der größte Teil der Menschen in Österreich (42%) im mittleren Drittel zu verorten ist (Abbildung 2). 37% werden dem oberen Drittel zugerechnet, welches über mehr als ausreichend Einkommen verfügt und finanziell sehr gut abgesichert ist. Im Kontrast dazu stehen 21%, die dem unteren Drittel zugeordnet sind. Diese Personen sehen sich in der Zukunft finanziell unzureichend abgesichert und ihr Einkommen reicht aktuell kaum zum Leben aus.

Abbildung 2: Drei Drittel ökonomischer Ungleichheit

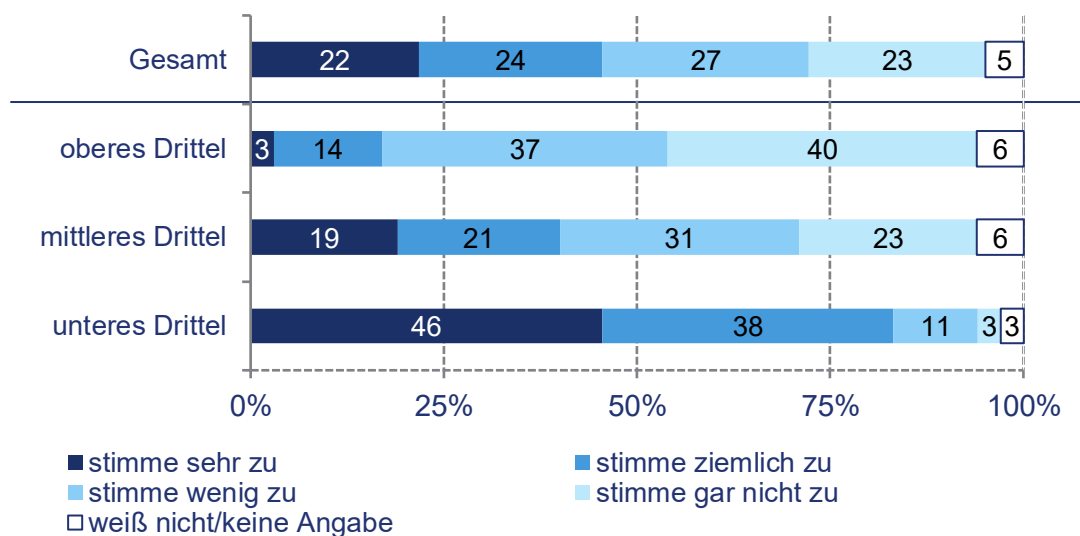


Angabe in Prozent. Anm.: Die ökonomischen Ressourcen der Menschen wurden über ihr Einkommen und über die subjektive Einschätzung ihrer finanziellen Absicherung für die Zukunft erfasst.

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind gleichmäßig in den drei Dritteln vertreten. Überdurchschnittlich viele Personen der Altersgruppe 30 bis 59, nämlich 24%, gehören dem unteren ökonomischen Drittel an. Auch Frauen und Menschen ohne Matura (je 24%) berichten von einer schlechten finanziellen Absicherung und mangelhaftem Auskommen mit dem Einkommen. Unter jungen Frauen bis 44 Jahren ohne Matura steigt der Anteil auf 30%. Genauso hoch ist der Anteil an Arbeiter*innen, die im unteren ökonomischen Drittel verortet sind.

Das Gefühl, von der Politik nicht gehört zu werden, äußert sich aber nicht nur in Bezug auf die Pandemie. Fast die Hälfte der Menschen in Österreich sieht sich von der Politik als Mensch zweiter Klasse behandelt. Besonders stark ist diese Form der Ohnmacht im unteren ökonomischen Drittel ausgeprägt: Hier haben 8 von 10 Menschen das Gefühl, von der Politik zweitklassig behandelt zu werden (Abbildung 3). Diese Ohnmachtsgefühle sind aber nicht nur dem unteren Drittel vorbehalten – sie sind auch in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. So teilen 4 von 10 des mittleren ökonomischen Drittels diese Empfindung.

Abbildung 3: Ohnmacht in Bezug auf politische Behandlung



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu: Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse“.

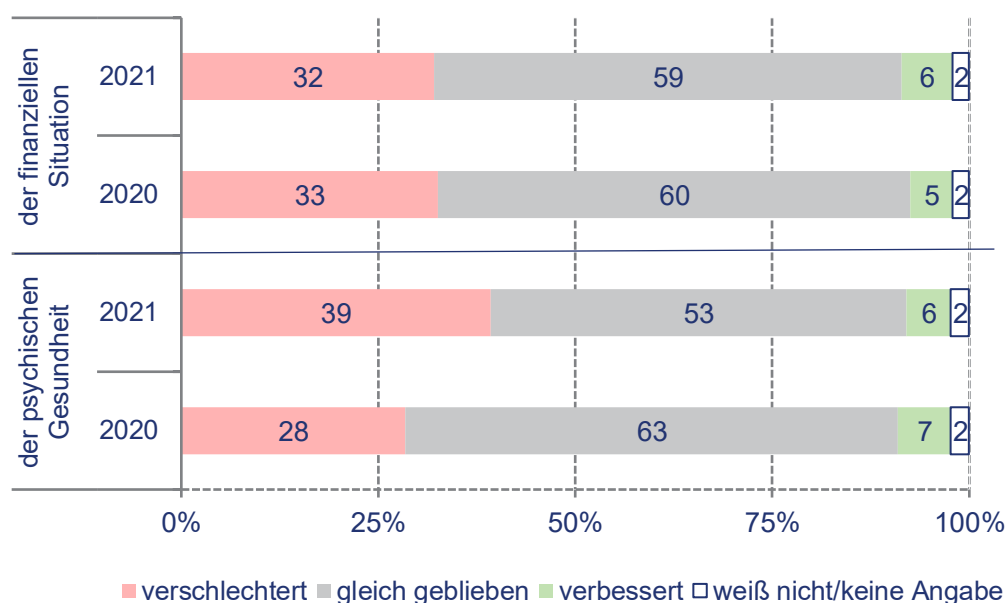
Die Auswirkungen der Pandemie verschärfen den Ohnmachtseffekt nochmals. Wer unter einer Verschlechterung der finanziellen Situation oder der psychischen Gesundheit leidet, hat auch eher das Gefühl, eine zweitklassige Behandlung durch die Politik zu erfahren (je 70%).

Haben sich diese beiden Parameter zu den Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit und die finanzielle Situation 2021 verändert, und wenn ja, wie stark? Der Freiheitsindex 2020 hat bereits die Veränderungen

der psychischen Gesundheit und der finanziellen Situation aufgezeigt. Für ein Drittel der Menschen hat sich die finanzielle Situation 2021 verschlechtert, dieser Anteil ist im Jahresvergleich unverändert geblieben.

Die psychische Gesundheit hingegen hat sich im Jahresvergleich noch einmal verschlechtert: Während 2020 rund drei von zehn (28%) von einer Verschlechterung in diesem Bereich betroffen waren, steigt der Anteil 2021 auf fast vier von 10 (39%) (Abbildung 4).

Abbildung 4: Auswirkungen der Pandemie im Jahresvergleich

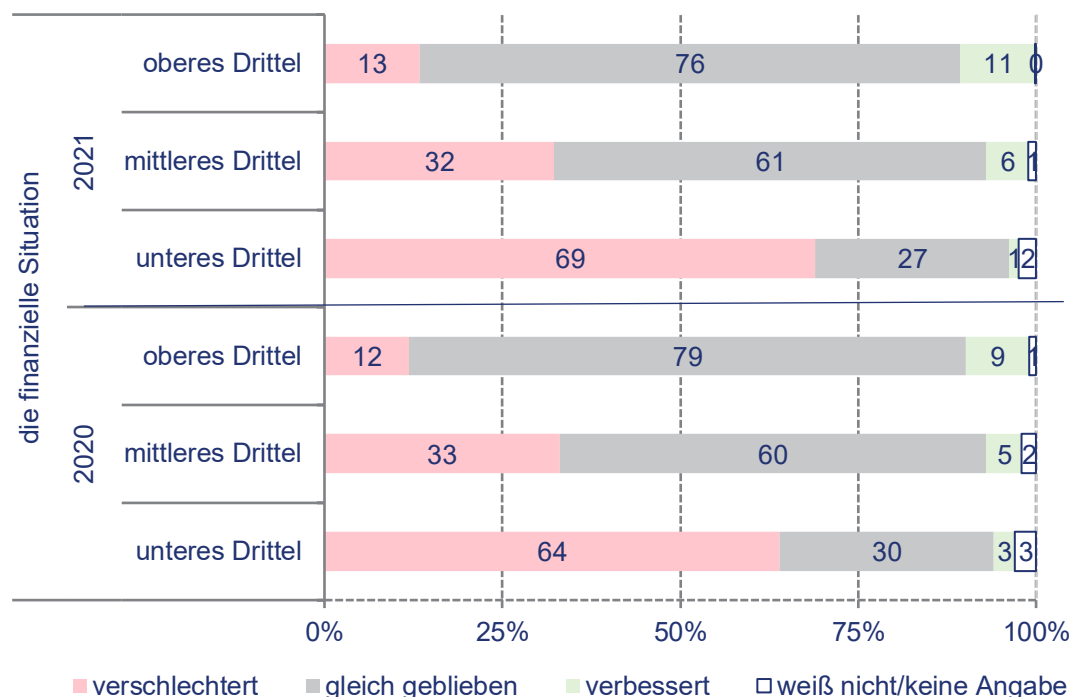


Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Coronapandemie unseren Alltag verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?“

Zahlreiche Untersuchungen haben bereits gezeigt, dass die Folgen der Pandemie nicht alle Bevölkerungsgruppen im gleichen Ausmaß betreffen (Shantz 2010, Kapiriri & Ross 2018, aktuell für Österreich: Zandonella 2021). Der bulgarische Politologe Ivan Krastev hat dies als das Paradoxon des egalitären Virus, das nicht alle gleichermaßen betrifft, bezeichnet (Krastev 2020). Schon 2020 haben jene Menschen, die sich bereits vor Corona in einer prekären finanziellen Lage befanden, häufiger von finanziellen Einbußen aufgrund der Pandemie berichtet.

Dies gilt nach wie vor: Derzeit sind mehr als zwei Drittel der Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten von einer (weiteren) Verschlechterung ihrer ökonomischen Situation betroffen; das Gleiche gilt für ein Drittel der ressourcenstärkeren Mitte (Abbildung 6).

Abbildung 5: Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation nach ökonomischen Ressourcen



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Coronapandemie unseren Alltag verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“

Der ökonomische Spalt zeigt sich auch bei der Betrachtung der psychischen Gesundheit. 63% der Menschen in finanziell prekärer Lage berichten eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit. Dasselbe gilt für 42% im mittleren ökonomischen Drittel. Im Jahresvergleich werden zwei Entwicklungen deutlich:

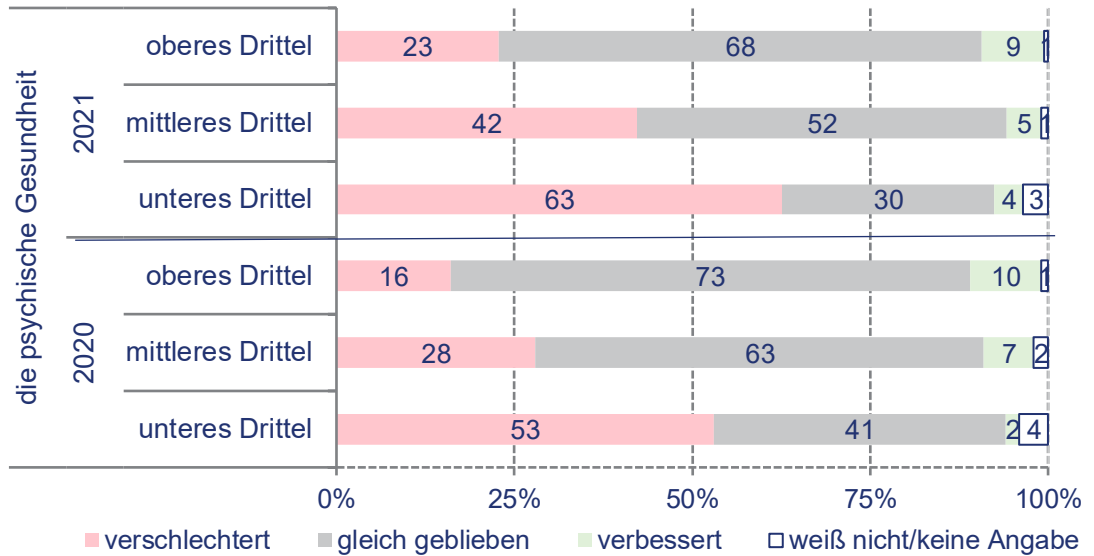
Jene Menschen im unteren ökonomischen Drittel haben aufgrund der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen akut auf die Pandemie reagiert: Bereits 2020 berichtete mehr als die Hälfte von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit, 2021 ist der Anteil auf 61% angestiegen.

Die ökonomische Mitte reagierte hingegen verzögert: Während 2020 28% von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit betroffen waren, sind es nun mit 42% deutlich mehr. Diese Gruppe kann auf mehr zentrale Ressourcen zurückgreifen – u.a. in Form von Wohnraum, Freiflächen oder die Möglichkeit, von zuhause aus zu arbeiten, wie eine Studie über die Wiener Wohnbevölkerung gezeigt hat (vgl. Heinz/Ogris 2021).

Daran anschließend hat ihre psychische Resilienz häufiger erst mit zunehmender Dauer der Pandemie abgenommen (Abbildung 6). Diese beiden unterschiedlichen Entwicklungen entlang der Verfügbarkeit von (ökonomischen) Ressourcen konnten in einem ähnlichen Zeitraum und auf

Basis einer Längsschnitterhebung für die Wiener Bevölkerung insgesamt aufgezeigt werden (Zandonella 2021).

Abbildung 6: Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit nach ökonomischen Ressourcen

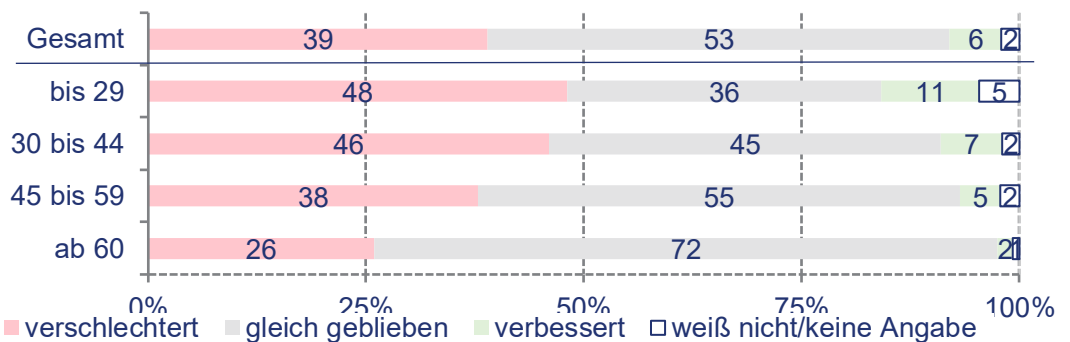


Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Coronapandemie unseren Alltag verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“

Vor allem junge Menschen zeigen sich in Bezug auf ihre psychische Gesundheit als vulnerable Gruppe. Diese sind im Vergleich zu den anderen Altersgruppen besonders stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Bei annähernd der Hälfte der unter 30-Jährigen hat sich der psychische Gesundheitszustand verschlechtert (

Abbildung 7). Ähnlich ergeht es den 30- bis 44-Jährigen, hier sind auch 46% von einer Verschlimmerung betroffen.

Abbildung 7: Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit nach Altersgruppen



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Coronapandemie unseren Alltag verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“

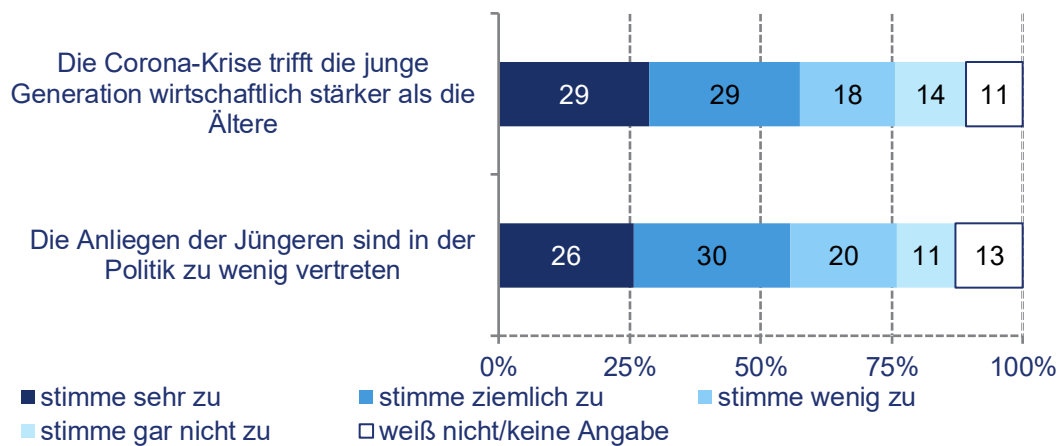
Die Forschung von Krastev (2021), welche auf Befragungen in 12 EU-Ländern basiert, zeigt in Hinblick auf die Auswirkungen der Pandemie ähnliche Ergebnisse. Eine seiner Erkenntnisse ist, dass die jüngeren Generationen und deren Leben deutlich stärker von den Folgen betroffen sind. Er spricht davon, dass in gewisser Weise die Zukunft der Jungen für das Wohl derer Eltern und Großeltern geopfert wurde.

Anknüpfend daran ergibt sich eine der zentralen Fragestellungen, wie mit den Lasten der Corona-Krise umgegangen werden sollte und wer welchen Beitrag leisten soll, um diese zukünftig zu überwinden.

2 Wer soll die Last der Corona-Krise tragen?

Ob in Hinblick auf psychische Belastungen oder Einschränkungen im Schulalltag – jüngere Menschen sind von der Corona-Krise in besonderem Ausmaß betroffen. Diese Ansicht teilt die Mehrheit der Menschen in Österreich auch in Hinblick auf die ökonomischen Auswirkungen für junge Menschen. 58% der Menschen verorten bei den Jungen ökonomisch stärkere Einschnitte als bei der älteren Generation (Abbildung 8). In politischer Hinsicht sind für 56% die Anliegen der jungen Menschen zu wenig berücksichtigt.

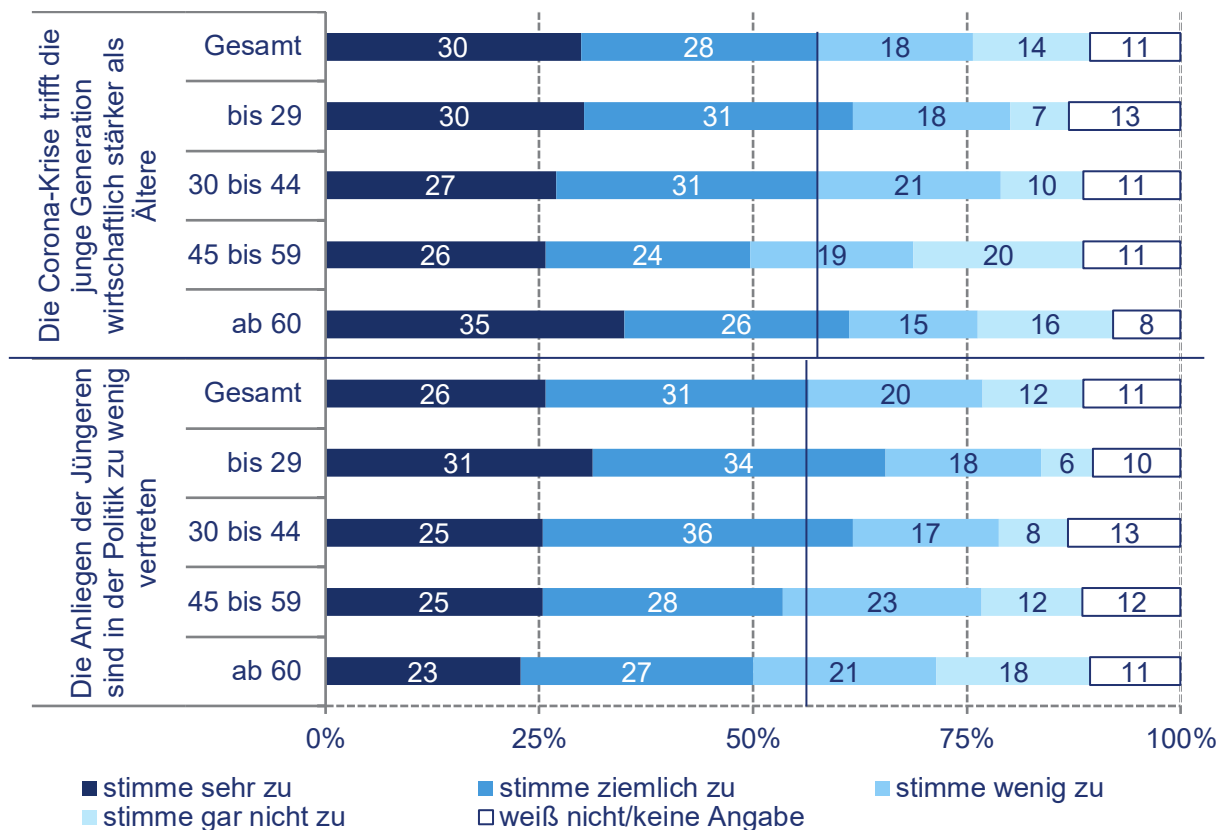
Abbildung 8: Junge Menschen in der Corona-Pandemie



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Bei der Differenzierung nach Altersgruppen wird die erste Aussage, dass die junge Generation wirtschaftlich stärker betroffen ist, von mehr als der Hälfte in allen Altersgruppen bejaht (Abbildung 9). Die zweite Behauptung, in der es um die Anliegen der Jüngeren in politischer Hinsicht geht, erfährt auch starke Zustimmung. Diese wird von einer Mehrheit in allen Altersgruppen, mit etwas weniger Zustimmung der über 60-Jährigen (48%), befürwortet. Aus diesen Betrachtungen lässt sich schlussfolgern, dass insgesamt in dieser Frage kein Generationenkonflikt feststellbar ist.

Abbildung 9: Junge Menschen in der Corona-Pandemie nach Altersgruppen

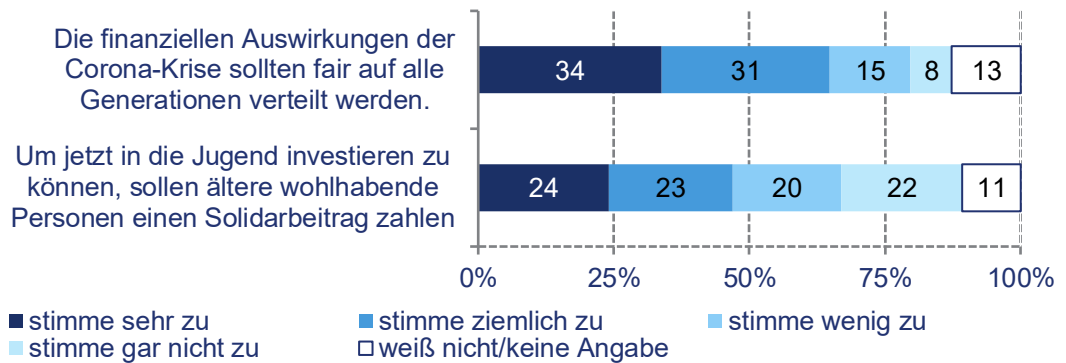


Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Die Frage nach der Verteilung der Last wurde im Split-Half-Verfahren analysiert. Hier wurde die Hälfte der Befragten – Split A – gefragt, wie hoch ihre Zustimmung ist, dass die finanziellen Konsequenzen der Corona-Krise fair auf alle Generationen verteilt werden soll. Die andere Hälfte – Split B – ob vor allem ältere wohlhabende Personen einen Solidarbeitrag leisten sollen, um in die Jugendlichen zu investieren.

65% der Menschen in Österreich sind der Ansicht, dass die Lasten auf alle Generationen fair aufgeteilt werden müssen (Abbildung 10). 23% lehnen dies ab. Da 47% der Idee eines Solidarbeitrags älterer wohlhabender Personen aber zustimmen, können sich einige unter gewissen Umständen vorstellen, dass vor allem ein Teil der Gesellschaft für die Kosten aufkommt. Im Allgemeinen ist aber der Gedanke einer solidarischen Gemeinschaft fest in den Köpfen der Menschen verankert.

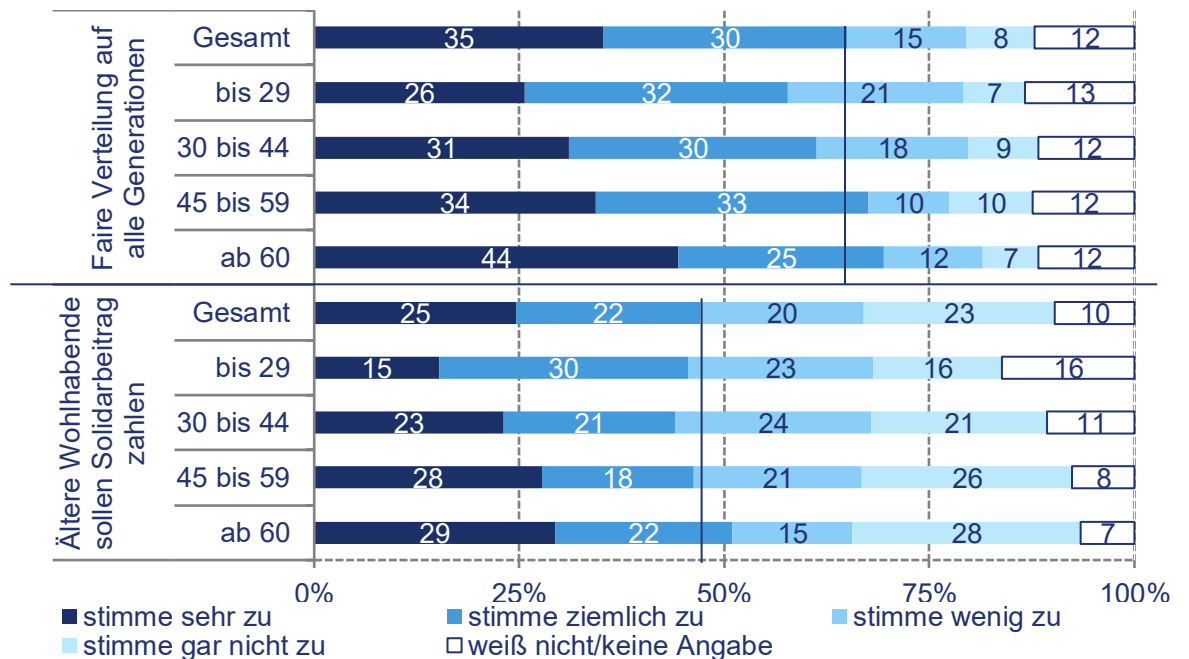
Abbildung 10: Verteilung der Last der Corona-Pandemie



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“; Anmerkung: Beide Fragen wurden im sogenannten Split-Half-Verfahren gestellt.

Die Aussage zur Verteilung der Lasten auf alle Generationen findet in allen Altersgruppen breite Zustimmung. Fast 70% der über 60-Jährigen bejahen dies (Abbildung 11). Gleichfalls stimmten dem 58% der unter 30-Jährigen zu. Die Idee eines Solidarbeitrags von vorwiegend älteren Wohlhabenden erfährt nur in der Altersgruppe ab 60 eindeutige (51%) Zustimmung. In der jüngeren Altersgruppe sind 45% der Ansicht, dass ältere Wohlhabende die Last der Corona-Krise tragen sollen. Hier ist auch der Anteil der Unentschlossenen, die auf diese Frage keine Antwort geben können oder wollen mit 16% höher als in den anderen Altersgruppen.

Abbildung 11: Verteilung der Last der Corona-Pandemie nach Altersgruppen



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Exkurs: Sozialstaat und Pensionen

Im Zuge der Corona-Pandemie steht immer wieder zur Diskussion, welche Rolle der Sozialstaat zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkung einnehmen soll und welche Maßnahmen im Detail, wie zum Beispiel die Anhebung des Pensionsantrittsalters, ergriffen werden sollen.

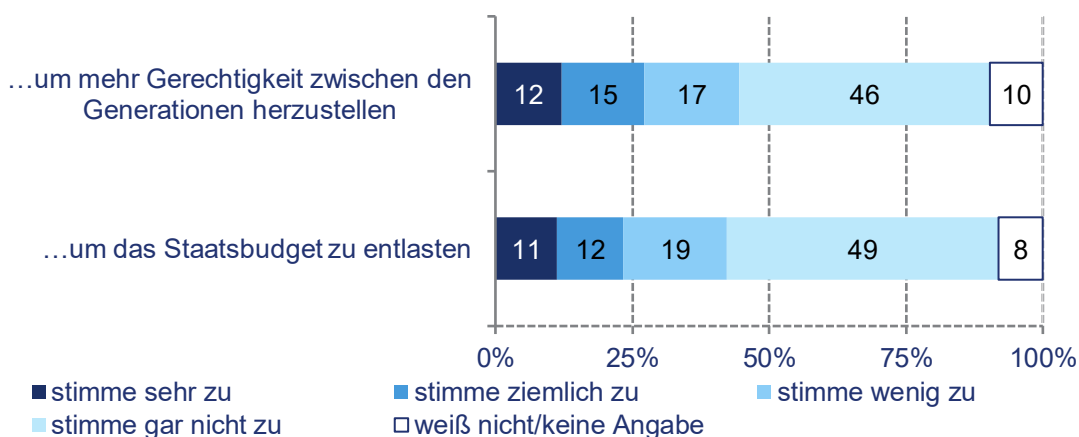
Um diese Fragestellung zu behandeln, wurde wiederum mit dem Split-Half-Verfahren gearbeitet. Die Umfrage-Teilnehmer*innen wurden befragt, ob sie es gutheißen, das Regelpensionsalter zu erhöhen.

Um die Wirksamkeit von politischen Frames zu messen, wurde der Hälfte der Befragten (Split A) die Frage gestellt, ob sie der Erhöhung zum Zweck der Entlastung des Staatsbudgets zustimmen würden.

Die andere Hälfte (Split B) wurde gefragt, ob sie die Anhebung befürworten, wenn dies zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen beiträgt.

Unabhängig vom politischen Frame ist die Zustimmung zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters gering (Abbildung 12). Vor dem Hintergrund des Frames „Generationengerechtigkeit“ befürworten 27% ein Anheben. Noch weniger Unterstützung erfährt diese Maßnahme im Rahmen des Frames „Entlastung des Staatsbudgets“ – weniger als ein Viertel (23%) schließt sich diesem Vorschlag an.

Abbildung 12: Zustimmung zur Anhebung des Pensionsantrittsalters



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

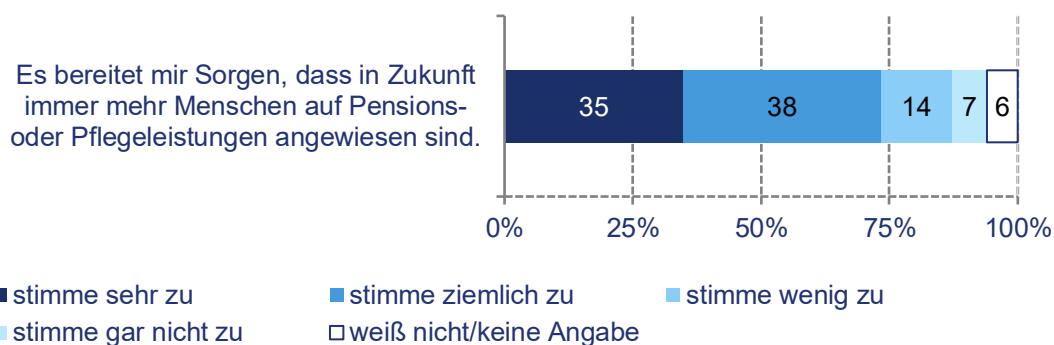
Allgemein findet diese Idee keine Mehrheit, dennoch zeigen sich bei Betrachtung der Subgruppen sehr unterschiedliche Zustimmungsraten. Jeweils 39% der Personen, deren finanzielle Situation/psychische Gesundheit sich durch die Pandemie verbessert hat, sind eher für Anhebung des Pensionsalters – unabhängig vom Frame. Frauen stimmen der Anhebung generell seltener zu als Männer. Die Altersgruppen der unter 30-Jährigen sowie die der über 60-Jährigen sprachen sich eher für die Erhöhung, mit

Anteilen von 34% in Frame 1 (Generationengerechtigkeit) und 26% in Frame 2 (Entlastung des Staatsbudgets) bzw. von 36% in Frame 1 bzw. 30% in Frame 2, aus.

34% (Frame 1) bzw. 40% (Frame 2) der Personen mit Maturaabschluss pflichten dem bei. Mit geringen Unterschieden zwischen den Frames stimmen jeweils zwischen 35 und 37% der Selbstständigen und der Menschen aus dem oberen ökonomischen Drittel einer Anhebung des Pensionsantrittsalters zu.

Ungeachtet dessen bereitet die demographische Entwicklung den Menschen in Österreich dennoch Sorge. Beinahe drei Viertel (73%) sind beunruhigt, dass in Zukunft immer mehr Menschen auf Pensions- oder Pflegeleistungen angewiesen sind (Abbildung 13).

Abbildung 13: Sorgen wegen demographischer Entwicklung



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Je älter die Menschen sind, desto stärker ist diese Sorge ausgeprägt. 66% der Befragten, deren finanzielle Situation sich verbessert hat, machen sich darüber hingegen wenig Sorgen.

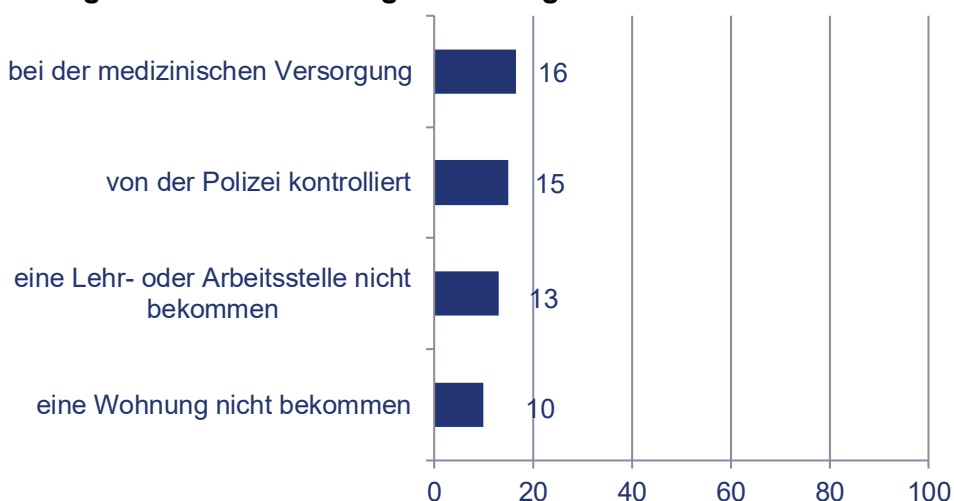
3 Wie steht es um verschiedene Aspekte der Freiheit?

Die zentrale Frage des Freiheitsindex behandelt unterschiedliche Faktoren von Freiheit und wie es um diese bestellt ist. Diese Aspekte umfassen unter anderem Diskriminierung, Einschränkungen in der Lebensqualität, die Wahrnehmung der eigenen Selbstwirksamkeit und das Freiheitsgefühl.

Zum Thema Diskriminierung wurde 2019 von SORA eine umfangreiche Studie durchgeführt, welche sich damit auseinandersetzt, welche Gruppen wie stark Diskriminierung erleben. Sie zeigte, dass insgesamt 44% der Menschen in Österreich Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Sowohl im Arbeits-, aber auch im Wohnumfeld und in Gesundheitseinrichtungen erfahren Menschen in Österreich Diskriminierung – insbesondere aufgrund des sozialen Status, der Religionszugehörigkeit, des Migrationshintergrundes oder der sexuellen Orientierung (vgl. Schönherr et al. 2019).

Im Rahmen des Freiheitsindex berichten 16% von Diskriminierungen, die sie bei der medizinischen Versorgung erfahren haben (Abbildung 14). Zwar scheint ein Wert von 16% auf den ersten Blick nicht groß, aber immerhin repräsentiert dies eine Million der Bevölkerung Österreichs. Beinahe ähnlich viele fühlen sich durch häufige Polizeikontrollen ungerecht behandelt. 13% erfuhren Diskriminierung bei einer Suche um eine Lehr- oder Arbeitsstelle, ein Zehntel bei der Suche nach einer Wohnung.

Abbildung 14: Diskriminierungserfahrungen



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Es kommt immer wieder vor, dass Menschen – z.B. aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sozialen Herkunft – diskriminiert oder schlechter behandelt werden. Kam es bei Ihnen in den in den letzten vier Jahren, also ab 2017, aus nicht nachvollziehbaren Gründen vor, dass Sie ...?“

Welche Gruppen sind von welchen Arten der Diskriminierung besonders betroffen?



Jene, die bei der medizinischen Versorgung diskriminiert wurden, sind vor allem Menschen aus dem unteren ökonomischen Drittel (31%), Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (30%), Frauen unter 45 ohne Matura (28%) sowie Arbeiter*innen (24%). Zudem sind auch jene, deren finanzielle bzw. psychische Situation sich verschlechtert hat, stärker betroffen.



Diskriminierungen durch Polizeikontrollen betreffen wiederum Menschen im unteren Drittel sowie jüngere Männer (unter 45) mit einem Anteil von 24% überdurchschnittlich stark. Ein Viertel aller Arbeiter*innen erlebte solche Diskriminierungserfahrungen. 21% der ausländischen Staatsbürger*innen sowie 2 von 10 Frauen unter 30 sind Diskriminierungen durch Polizeikontrollen widerfahren.



Jeweils 27% der Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sowie der Jungen (unter 30) ohne Matura fühlen sich bei ihrer Jobsuche benachteiligt. Jeweils 24% der Arbeiter*innen bzw. des unteren Drittels erfuhren bei ihrer Stellensuche am Arbeitsmarkt Diskriminierungen. Auch berichten 19% der Befragten mit Kindern unter 6 Jahren oft von Benachteiligungen bei der Arbeitssuche.

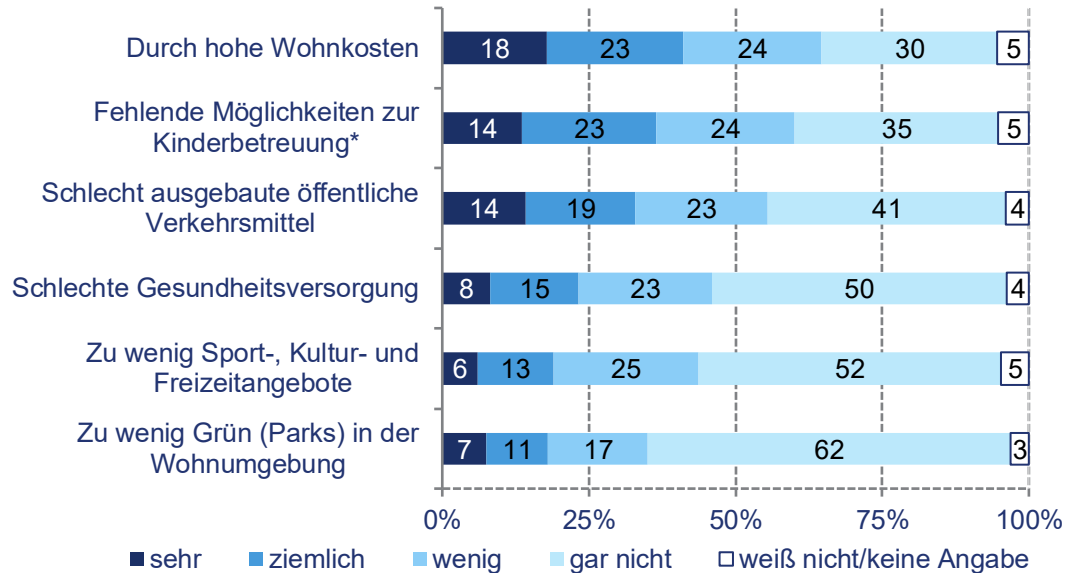


In Bezug auf Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche muss berücksichtigt werden, dass die Größen der Gruppen eher klein sind, da hier gesamt 190 Personen angaben, dass sie diskriminiert wurden. Dennoch ist zu erwähnen, dass bestimmte Untergruppen deutlich mehr Benachteiligungen erfuhren. Zu dieser Gruppe zählen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, Junge unter 30 Jahren, Arbeiter*innen, Menschen des unteren ökonomischen Drittels bzw. mit Kindern unter 6 Jahren.

Der nächste Themenbereich behandelt Einschnitte in der Lebensqualität, welche von der öffentlichen Infrastruktur beeinflusst werden. 41% fühlen sich durch hohe Wohnkosten eingeschränkt (Abbildung 15). Von fehlenden Möglichkeiten zur Kinderbetreuung – eine Frage, die nur Personen mit Kindern im Haushalt gestellt wurde – sind 37% betroffen. Ein Drittel ist von schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehrsmitteln belastet. Schlechte Gesundheitsversorgung stellt für knapp ein Viertel ein Problem dar. Jeweils

18% klagen über zu wenig Sport-, Kultur- und Freizeitangebote sowie über zu wenig Grün in der Umgebung.

Abbildung 15: Einschränkungen in der Lebensqualität

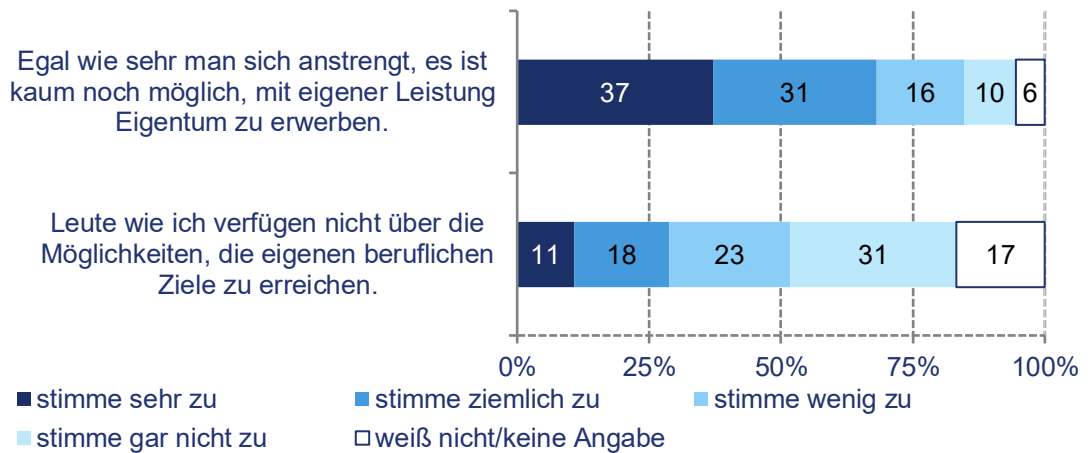


Angabe in Prozent. Anm.: *Frage wurde nur Personen mit Kindern im Haushalt gestellt. Frage im Wortlaut: „Fühlen Sie sich durch folgender Aspekte Ihrer Wohnumgebung sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht eingeschränkt?“

In geografischer Hinsicht zeigen sich gewisse Unterschiede. So ist ca. die Hälfte der Personen im dünn besiedelten Raum durch schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehr eingeschränkt. Auch im Süden Österreichs ist die Bevölkerung davon deutlich stärker betroffen. Demgegenüber leidet die Lebensqualität von Befragten insbesondere in dicht besiedelten Gebieten wegen zu wenig Grünflächen und zu hohen Wohnkosten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt von Freiheit ist die Selbstwirksamkeit, unter dem die Wirksamkeit des eigenen Handelns bzw. der eigenen Leistung verstanden werden kann. So sind zwei Drittel der Meinung, dass es kaum noch möglich ist, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben, egal wie sehr man sich anstrengt (Abbildung 16). 29% sind der Ansicht, dass Menschen, die in ähnlichen Lebenslagen wie sie selbst sind, nicht über die Möglichkeiten verfügen, die eigenen beruflichen Ziele zu verwirklichen.

Abbildung 16: Freiheit in der Selbstwirksamkeit

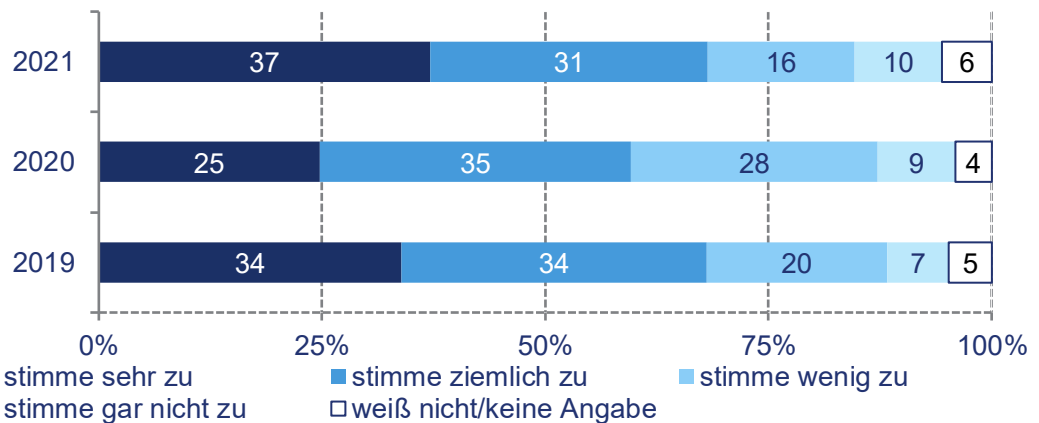


Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

In Bezug auf Eigentum wird einem niedrigen Maß an Selbstwirksamkeit vor allem im unteren ökonomischen Drittel von 84% zugestimmt. Auch in den Altersgruppen der 30- bis 44-Jährigen bzw. der 45- bis 59-Jährigen ist eine geringe Ausprägung von Selbstwirksamkeit erkennbar.

Im Vergleich der Jahre 2019 bis 2021 zeigt sich, dass 2021 mehr Menschen als zuvor der Überzeugung sind, dass ein Eigentumserwerb auch trotz Fleiß und Anstrengung nicht möglich ist (Abbildung 17).

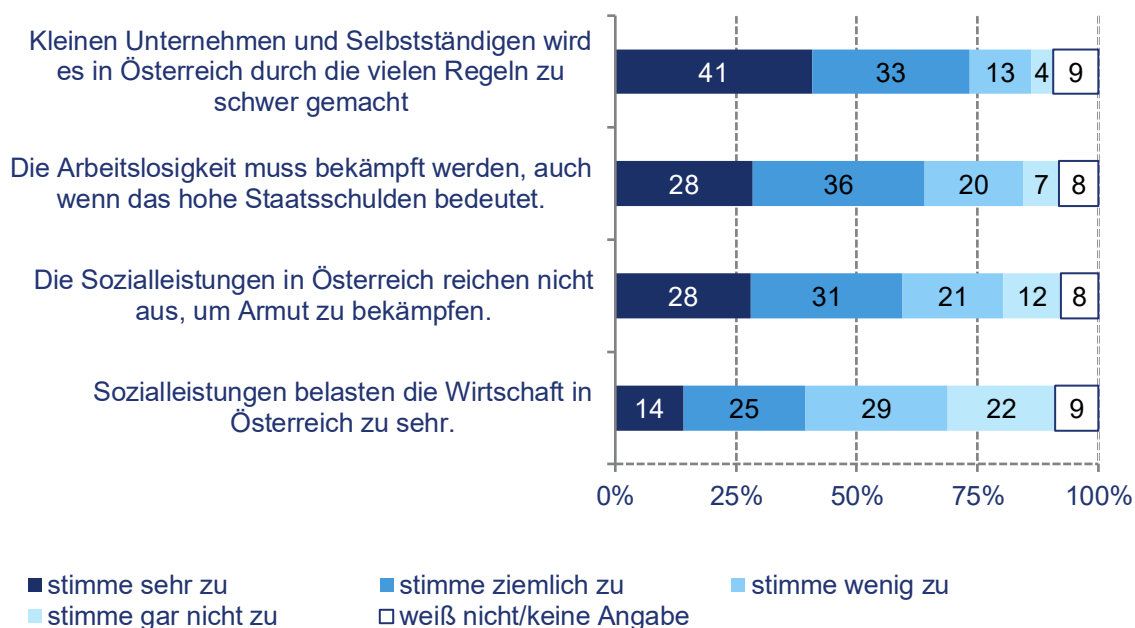
Abbildung 17: Selbstwirksamkeit in Bezug auf Eigentum im Jahresverlauf



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben.“

Werden die Befragten nach der Situation von kleinen Unternehmen gefragt, zeigt sich ein klares Bild. Fast drei Viertel sind der Ansicht, dass bürokratische Hürden für kleine Unternehmen zu hoch sind (Abbildung 18). Zugleich erfährt der Sozialstaat in Österreich hohe Akzeptanz. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nehmen fast zwei Drittel hohe Staatsschulden in Kauf und 59% sind der Meinung, dass die Sozialleistungen nicht ausreichen, um Armut zu bekämpfen. Dennoch befinden 39% die Sozialleistungen für die österreichische Wirtschaft als zu belastend.

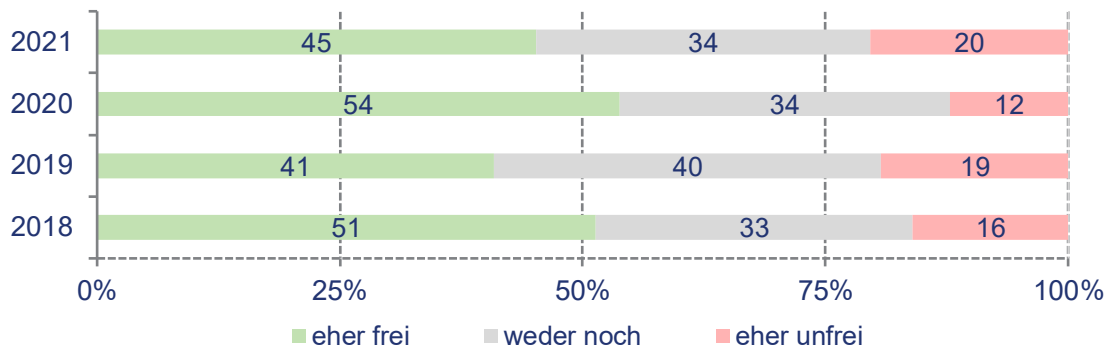
Abbildung 18: Freiheiten für kleine Unternehmen, Akzeptanz von Sozialleistungen und Staatsschulden



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“

Eine zentrale Frage ist seit Beginn des Demokratie Monitors bzw. des Freiheitsindex, ob die Demokratie in Österreich als frei oder unfrei beurteilt wird. 2019 kam es vor dem Hintergrund der Ibiza-Affäre dazu, dass nur 41% die Demokratie in Österreich frei einschätzten (Abbildung 19). Im Folgejahr verbesserte sich diese Einschätzung – 2020 war die Mehrheit (54%) der Meinung, dass die Demokratie in Österreich frei ist. Im Jahr 2021 haben die Pandemie und die Inseraten-Affäre dazu beigetragen, dass dieser Wert auf 45% zurückfiel, der jedoch noch über dem Tiefstwert des Jahres 2019 liegt.

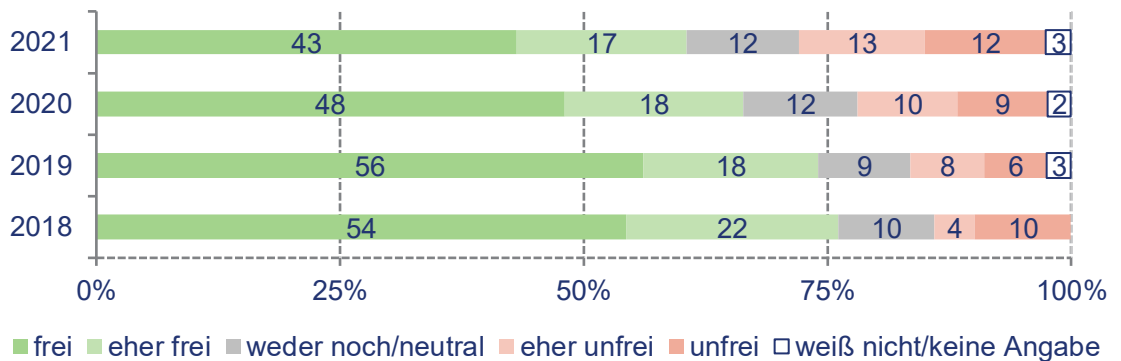
Abbildung 19: Ist die Demokratie in Österreich eher frei oder eher unfrei?



Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie, ist die Demokratie in Österreich eher frei oder unfrei?“

Die Frage nach dem Freiheitsempfinden, die sich auf die gegenwärtige allgemeine Lebenssituation bezieht, wird seit 2018 erhoben. Dieses Freiheitsgefühl verschlechterte sich sukzessive von Jahr zu Jahr und erreichte 2021 einen Tiefpunkt. Nur 6 von 10 Personen fühlen sich gegenwärtig in ihrem Leben (eher) frei. Demgegenüber steht ein Viertel der Befragten, das sich als (eher) unfrei empfindet. In der ersten Erhebung nahmen sich noch mehr als drei Viertel (76%) der Befragten als frei bzw. eher frei wahr (Abbildung 20). Europaweit liegt Österreich damit auf dem vorletzten Platz im Freiheitsgefühl, wie eine Studie des European Council on Foreign Relations (ECFR) aufgezeigt hat (vgl. Krastev/Leonard 2021).

Abbildung 20: Freiheitsgefühl



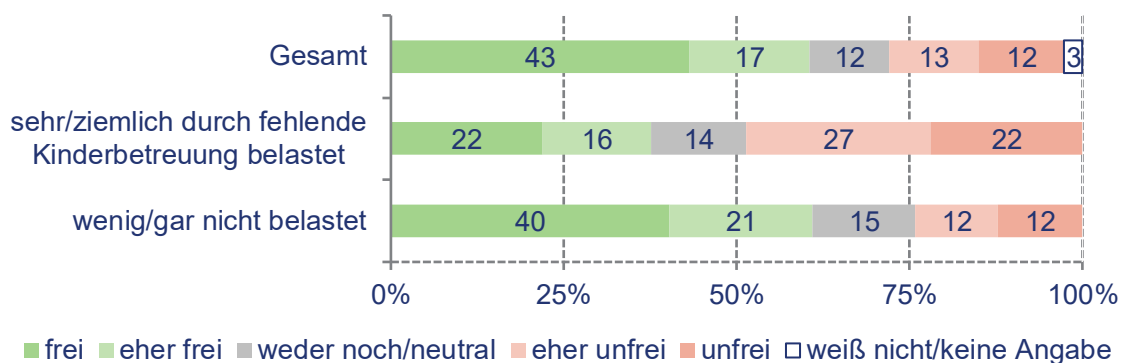
Angabe in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein“. Die Antwortkategorien wurden zum Zweck der Übersichtlichkeit in fünf Kategorien zusammengefasst.

Nicht nur die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern auch die Ausgestaltungen von Infrastruktur bestimmen, wie frei sich Menschen fühlen. Wie unterscheidet sich das Freiheitsgefühl, wenn die Lebensqualität wegen fehlender Kinderbetreuung eingeschränkt ist?

Nur 37% der Befragten, die durch mangelnde Kinderbetreuung sehr oder ziemlich eingeschränkt sind, fühlen sich frei bzw. eher frei (Abbildung 21). Im

Kontrast dazu empfinden 61% derjenigen, die kaum bzw. gar nicht von mangelnder Kinderbetreuung betroffen sind, ihr Leben als frei bzw. eher frei.

Abbildung 21: Freiheitsgefühl nach empfundener Einschränkung durch mangelnde Kinderbetreuung



Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei? Bitte stufen Sie Ihr Empfinden auf einer Skala von 0 für unfrei bis 10 für frei ein“. Die Antwortkategorien wurden zum Zweck der Übersichtlichkeit in fünf Kategorien zusammengefasst.

Wie lässt sich der Rückgang des Freiheitsgefühls erklären?

Zum einen führt die ökonomische Ungleichheit dauerhaft zu einer Verminderung des Freiheitsgefühls. Seit der ersten Erhebung 2018 ist beobachtbar, dass sich Menschen in einer prekären finanziellen Situation weniger frei fühlen. Das ist auch 2021 feststellbar: mehr als die Hälfte (52%) im unteren ökonomischen Drittel fühlt sich (eher) unfrei.

Ein weiterer, akuter Faktor ist die Pandemie mit ihren Auswirkungen. Von jenen, deren finanzielle Situation sich durch Corona verschlechtert hat, fühlen sich 44% (eher) unfrei. 47% derjenigen, deren psychische Gesundheit sich verschlechtert hat, fühlen sich (eher) unfrei.

Auch nach den Einstellungen gegenüber den Corona-Maßnahmen gibt es Unterschiede im Freiheitsgefühl. In einer offenen Frage sprechen sich 5% der Befragten im Demokratie Monitor gegen Corona-Maßnahmen aus und geben dies als ihr dringendstes politisches Thema an. Von diesen 5% bzw. 100 Personen, die sich explizit gegen die Maßnahmen äußern, fühlen sich 58% bzw. 59 Personen (eher) unfrei. Aufgrund der geringen Fallzahl ist dieser Prozentwert jedoch mit Vorsicht zu interpretieren.

4 Wie kann das Freiheitsgefühl gestärkt werden?

Nachdem im vergangenen Kapitel unterschiedliche Aspekte der Freiheit beleuchtet wurden, ist noch die Frage offen, wie diese das Freiheitsgefühl beeinflussen. Zur Beantwortung dieser Frage wurde die Methode des multivariaten, linearen Regressionsmodells herangezogen. Lineare Regressionen modellieren Beziehungen zwischen Variablen. Mit ihrer Hilfe kann der Effekt von möglichen erklärenden Variablen auf eine zu erklärende Variable geschätzt werden. Das Freiheitsgefühl ist die zu erklärende, also abhängige Variable. Die Frage danach, wie frei sich die Menschen in Österreich fühlen, kann Werte zwischen 0 und 10 annehmen.

Die möglichen Einflussfaktoren – auch als erklärende Variablen bezeichnet – werden auf Basis von vorher durchgeführten Zusammenhangsanalysen ausgewählt und ergeben sich hypothesengeleitet. Zudem werden die Einflüsse soziodemografischer Merkmale und die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die eigene Situation und das Repräsentationsgefühl aufgenommen, damit mögliche Gruppenunterschiede berücksichtigt werden können. Untenstehende Tabelle zeigt alle untersuchten Dimensionen (Tabelle 1). Die Berechnung des Regressionsmodells erfolgt anhand einer hierarchischen Vorgehensweise. Das bedeutet, dass die in Tabelle 1 aufgezeigten Erklärungsdimensionen nacheinander aufgenommen wurden. Auf diesem Weg können die unterschiedlichen Wirkungsweisen der einzelnen Dimensionen berücksichtigt werden. Dadurch wird des Weiteren ermöglicht, dass eventuell auftretende Effekte zwischen den einzelnen Indikatoren identifiziert werden können (Cohen et. al. 2003).

Tabelle 1: Unabhängige Variablen im Regressionsmodell

Modell	Dimension	Indikatoren
1	Soziodemografie	<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht, Alter • Bildungsstatus
2	Ökonomische Absicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Absicherung in der Zukunft • Auskommen mit dem Einkommen
3	Auswirkungen der Pandemie & Repräsentationsgefühl	<ul style="list-style-type: none"> • Auf finanzielle Situation und psychische Gesundheit Repräsentation der eigenen Lebensumstände in <ul style="list-style-type: none"> • Berichterstattung und • Politischen Maßnahmen zur Pandemie
4	Diskriminierungserfahrungen	<ul style="list-style-type: none"> • In der medizinischen Versorgung • Bei Polizeikontrollen
5	Lebens- & Wohnqualität	Einschränkungen durch <ul style="list-style-type: none"> • Schlecht ausgebaute ÖV • Hohe Wohnkosten
6	Selbstwirksamkeit & Ohnmachtsgefühle	<ul style="list-style-type: none"> • Durch eigene Anstrengung Eigentum erwerbbar • Eigene berufliche Ziele können erreicht werden • Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Mensch zweiter Klasse

Im **ersten Modell** wird der Einfluss von Alter, Geschlecht und Bildungsstatus untersucht. Das Freiheitsgefühl nimmt mit dem Alter zu, auch Menschen mit Matura und Männer fühlen sich eher frei. Diese Indikatoren erklären jedoch nur 7% der Varianz des Freiheitsgefühls.

Daher bezieht das **zweite Modell** ökonomische Rahmenbedingungen in die Analyse ein und untersucht, ob sich eine gute finanzielle Absicherung in der Zukunft und ausreichend Einkommen positiv auf das Gefühl von Freiheit auswirken. Dadurch werden die zuvor relevanten Einflüsse des Geschlechts und des Bildungsabschlusses irrelevant – es handelt sich um indirekte Einflüsse. Hingegen wird deutlich, dass sich Menschen mit einer niedrigeren ökonomischen Absicherung und jene, deren Einkommen kaum zum Leben ausreicht, auch weniger frei fühlen. In Hinblick auf die zuvor signifikanten bzw. relevanten Einflüsse Geschlecht und Bildungsstatus bedeutet das, dass Männer oder Menschen mit Matura tendenziell auch eher finanziell gut abgesichert sind und sich deshalb auch eher frei fühlen. Nicht das Geschlecht oder der Bildungsstatus wirken sich daher positiv auf das Freiheitsgefühl aus, sondern der ökonomische Status. Dieses zweite Modell erhöht die Aussagekraft des berechneten Modells bereits auf 22%.

Die Pandemie hat uns in unserer Freiheit stark eingeschränkt, wenngleich manche gesellschaftlichen Gruppen stärker von ihren Auswirkungen betroffen sind als andere. Welchen Einfluss haben die Einschnitte in der finanziellen Situation und der psychischen Gesundheit durch Covid-19 auf das Freiheitsgefühl? Das wurde gemeinsam mit der Frage nach den Auswirkungen von mangelnden Repräsentationsgefühlen in einem **dritten Modell** untersucht. Alle vier Aspekte – die Verschlechterung der finanziellen Situation, der psychischen Gesundheit sowie das Gefühl, dass die eigenen Lebensumstände weder in den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie noch in den Medienberichten widergespiegelt wurden – haben einen signifikanten Einfluss auf das Freiheitsgefühl. Mit diesem Modell werden 34% des Freiheitsgefühls erklärt. Wie stark diese Effekte auf das Freiheitsgefühl wirken, zeigt Abbildung 22. Darin wird deutlich: Die ökonomischen Rahmenbedingungen sind wichtige Einflüsse auf das Freiheitsgefühl. Wird die finanzielle Absicherung gestärkt, gelingt es, das Freiheitsgefühl um 0,4 Punkte¹ zu steigern.

Im **vierten Modell** wurden die Diskriminierungserfahrungen in das Modell aufgenommen. Diskriminierungserfahrungen in Form von Polizeikontrollen oder im Gesundheitsbereich wirken sich negativ auf das Freiheitsgefühl aus und erhöhen die Aussagekraft des Modells auf 37%. Zugleich verschwindet der Effekt des Auskommens mit dem Einkommen aus dem zweiten Modell. Das bedeutet, dass Menschen, die von Diskriminierungen im Gesundheitsbereich oder in Form von Polizeikontrollen betroffen sind, auch häufiger von ökonomischen Einschnitten betroffen sind. Die aktuelle Einkommenssituation wirkt sich daher indirekt über die wahrgenommenen Diskriminierungen auf das Freiheitsgefühl aus.

Im nächsten Schritt und **fünften Modell** wurde untersucht, ob wahrgenommene Einschränkungen in der Lebensqualität Auswirkungen auf das Freiheitsgefühl haben. Sowohl Einschnitte in der Lebensqualität durch hohe Wohnkosten als auch durch fehlenden Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel dämpfen das Freiheitsgefühl.

Das **sechste und letzte Modell** untersucht den Einfluss von individueller Selbstwirksamkeit und Ohnmacht. Die These, dass sich das Gefühl, mit eigener Leistung Eigentum erwerben zu können, positiv auf das Freiheitsempfinden auswirkt, muss verworfen werden. Jedoch wird deutlich, dass der Eindruck, man könne die eigene berufliche Zukunft selbst gestalten, das Freiheitsgefühl positiv beeinflusst. Es ist die Fähigkeit zur Zukunftsplanung, nicht der Eigentumserwerb, der das Gefühl frei zu sein, stärkt.

¹ Diese Annahmen sind gültig, wenn alle anderen Indikatoren im Modell einen Durchschnittswert annehmen.

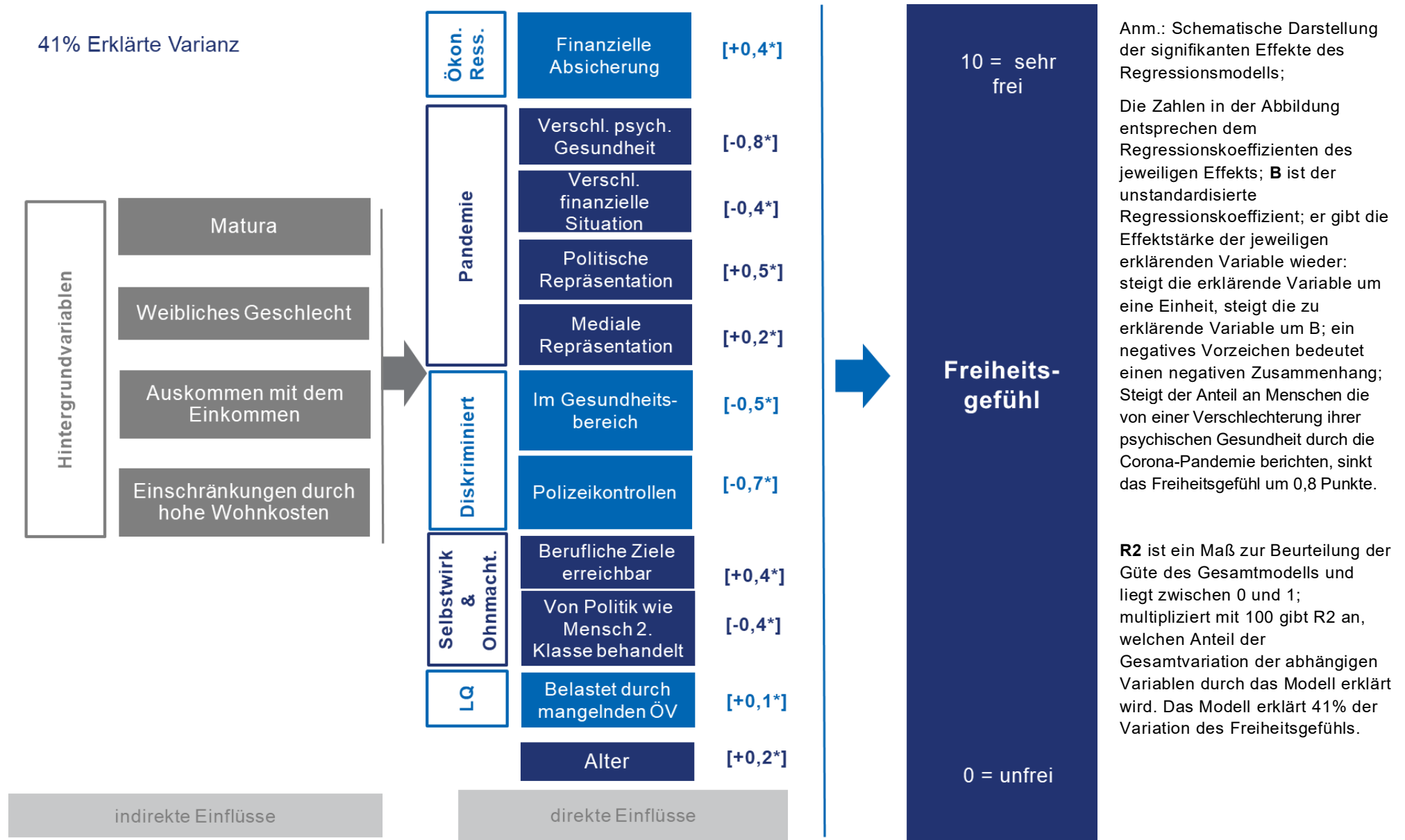
Zugleich dämpft die Wahrnehmung, dass man von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt wird, das Gefühl von Freiheit. Mit Aufnahme dieser Aspekte in das Regressionsmodell wird die wahrgenommene Einschränkung in der Lebensqualität durch hohe Wohnkosten zum indirekten Einfluss und die Erklärungskraft erhöht sich auf 41%

Wenngleich der Bildungsabschluss, das Geschlecht, das Auskommen mit dem Einkommen sowie die Einschränkung in der Lebensqualität durch hohe Wohnkosten keinen direkten Effekt auf das Freiheitsgefühl haben, spielen sie doch eine wichtige Rolle: Menschen mit Matura beispielsweise sind für die Zukunft auch finanziell häufiger besser abgesichert oder erfahren seltener Diskriminierungen im Gesundheitsbereich. Das bedeutet: sie erzielen häufiger höhere Werte in den genannten signifikanten Einflüssen und fühlen sich damit auch eher frei.

Eine direkte Stärkung des Freiheitsgefühls kann erfolgen, indem

1. die ökonomische Absicherung erhöht wird,
2. die Auswirkungen der Pandemie in Form finanzieller Einschränkungen und Verschlechterungen der psychischen Gesundheit abgedefert werden,
3. eine breitere Repräsentation der Lebensumstände in politischen Maßnahmen und in der Medienberichterstattung zur Pandemie erfolgen,
4. die Diskriminierung im Gesundheitsbereich und bei Polizeikontrollen eingedämmt wird,
5. die Lebensqualität durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs erhöht wird,
6. das Gefühl, die eigene berufliche Zukunft frei zu gestalten, gestärkt wird und
7. die Politik den Menschen auf Augenhöhe begegnet – gelingt es, dass wieder weniger Menschen das Gefühl haben, sie würden von der Politik als zweitklassig behandelt, kann das Freiheitsgefühl gestärkt werden.

Abbildung 22: Regressionsmodell



5 Zentrale Ergebnisse

Nachdem sich die 2018 entwickelten Kennzahlen des Freiheitsindex im Laufe der vorangegangenen Jahre nur geringfügig veränderten, wurde 2021 für die vierte Erhebung des Freiheitsindex eine Neu-Konzipierung vorgenommen. Nach wie vor steht das Freiheitsgefühl im Zentrum der Erhebung, zum zweiten Jahr in Folge behandelt der Freiheitsindex zudem das Thema der Corona-Pandemie.

Dabei wird deutlich, dass im Jahresvergleich die psychischen Belastungen zugenommen haben – insbesondere in der gesellschaftlichen Mitte. Während die Menschen in einer prekären finanziellen Situation akut auf die Pandemie reagierten, nahm die Resilienz jener mit mehr ökonomischen Ressourcen erst im weiteren Verlauf der Pandemie ab. Auch junge Menschen belastet die Corona-Pandemie sehr. Von finanziellen Einschnitten im Zuge der Covid-Krise sind nach wie vor insbesondere Menschen im unteren ökonomischen Drittel betroffen.

Zugleich legt die Krise offen, dass Politik und Medien mit Repräsentationsproblemen zu kämpfen haben: Die Mehrheit der Menschen in Österreich fühlen sich und die eigenen Lebensumstände weder in den politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie noch in der Medienberichterstattung darüber repräsentiert. Dies spiegelt sich auch in einem mangelnden Gefühl der Wertschätzung und in Ohnmacht wider: Fast die Hälfte hat den Eindruck, von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden.

Obwohl immer mehr Menschen von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind und die Pandemie weiter andauert, erfahren Sozialleistungen und Sozialstaat breite Akzeptanz. Das Solidaritätsprinzip ist in der Gesellschaft fest verankert. Zum einen herrscht gesellschaftlicher Konsens darüber, dass vor allem junge Menschen die Leidtragenden der Krise sind. Zum anderen ist kein Generationenkonflikt in Bezug auf die Verteilung der Krisenlasten feststellbar. Die Menschen in Österreich sind der Ansicht, dass die Kosten fair auf alle Generationen aufgeteilt werden sollen. Obwohl der demographische Wandel der Mehrheit Sorge bereitet, findet sich für die Idee der Anhebung des Regelpensionsalters keine Mehrheit.

Der Kern der Erhebungen des Freiheitsindex bildet seit 2018 die Untersuchung des Freiheitsgefühls. 2021 ist das Freiheitsgefühl auf einem Tiefpunkt angekommen. Während sich seit Beginn der Erhebungen zeigt, dass sich ökonomische Ungleichheit negativ auf das Gefühl von Freiheit auswirkt, treten auch akute Verschärfungen hinzu: jene Menschen, die durch die Corona-Pandemie unter einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit

oder der finanziellen Situation leiden, fühlen sich ebenfalls weniger frei. Aufgrund dieser auf den ersten Blick erkennbaren Unterschiede wurde 2021 erstmals in Form einer Regressionsanalyse eine umfassende Untersuchung der Einflüsse auf das Freiheitsgefühl vorgenommen, in die auch andere Aspekte der persönlichen Freiheit einfließen.

Neben den bereits genannten Einflüssen spielt auch das Gefühl von Repräsentation in den politischen Maßnahmen und den Medienberichterstattungen eine wichtige Rolle für das Freiheitsgefühl. Wer sich und die eigenen Lebensumstände repräsentiert fühlt, fühlt sich auch eher frei.

Hingegen bremsen Diskriminierungserfahrungen, vor allem im Gesundheitsbereich und in Form von Polizeikontrollen, das Freiheitsgefühl. Diese Aspekte wurden im Freiheitsindex 2021 erstmals untersucht. Zwischen 16% und 10% der Menschen in Österreich sind von Diskriminierung in einem der abgefragten Bereiche betroffen. Am häufigsten wird von einer Schlechterbehandlung in der medizinischen Versorgung berichtet, gefolgt von Polizeikontrollen und Problemen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Darüber hinaus wirken sich auch Gefühle mangelnder Selbstwirksamkeit negativ auf das Freiheitsgefühl aus. Das Gefühl, die eigene berufliche Zukunft gestalten zu können, ist ein wichtiger Aspekt der Freiheit und trägt zu einer Steigerung ihrer Wahrnehmung bei. Das Gefühl, von der Politik wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden, deutet nicht nur auf Ohnmacht und ein Repräsentationsproblem der Politik hin, sondern dämpft auch das Freiheitsgefühl.

Darüber hinaus umfasste der Freiheitsindex 2021 auch die infrastrukturelle Versorgung und die Wahrnehmung von Lebensqualität als einen Aspekt der Freiheit. Hohe Wohnkosten, fehlende Angebote zur Kinderbetreuung und ein mangelhafter Ausbau an öffentlichen Verkehrsmitteln schränken die Lebensqualität ein. Zugleich erhöht ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz das Freiheitsgefühl.

Der Freiheitsindex 2021 bietet einen umfassenden Einblick in verschiedene Aspekte der Freiheit und wie das Freiheitsgefühl gestärkt werden kann. Neben aktuellen Entwicklungen durch die Corona-Pandemie zeigt er Warnsignale für die Freiheit auf und an welchen Schrauben gedreht werden kann, um das Freiheitsgefühl der Menschen in Österreich zu stärken – wenngleich sich dieses 2021 auf einem Tiefpunkt befindet.

Literaturverzeichnis

Ackermann, Ulrike (2017): Freiheitsindex Deutschland 2017. Frankfurt am Main: Humanities Online.

Backhaus, Klaus, Erichson, Bernd, Plinke, Wulff & Weiber, Rolf (2008): Multivariate Analysemethoden. Berlin: Springer.

Baur, Nina & Florian, Michael (2009): Stichprobenprobleme bei Online Umfragen. In: Jakob, Nikolaus, Schoen, Harald & Zerback, Thomas (Hrsg.): *Sozialforschung im Internet*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109-129.

Cohen, Jacob, Cohen, Patricia, West, Stephen G. & Aiken, Leona S. (2003): Applied Multiple Regression. Correlation Analysis for the Behavioral Sciences. New York: Routledge.

Krastev, Ivan (2020): Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert. Berlin: Ullstein Verlag.

Krastev, Ivan, Leonard, Mark (2021): Europe's invisible divides: How covid-19 is polarising European politics. Verfügbar unter <https://ecfr.eu/publication/europes-invisible-divides-how-covid-19-is-polarising-european-politics/>

Schönherr, Daniel, Leibetseder, Bettina, Moser, Winfried & Hofinger, Christoph (2019): Diskriminierungserfahrungen in Österreich. Erleben von Ungleichbehandlung, Benachteiligung und Herabwürdigung in den Bereichen Arbeit, Wohnen, medizinische Dienstleistungen und Ausbildung. Verfügbar unter https://www.arbeiterkammer.at/service/studien/gleichbehandlung/Diskriminierungserfahrungen_in_Oesterreich.html

Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, S. 117-149. Verfügbar unter: http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/zuma_nachrichten/zn_46.pdf

Zandonella, Martina (2020): Österreichischer Demokratie Monitor 2020. Forschungsbericht.

Zandonella, Martina (2021): Follow-up zur psychosozialen Situation der Wiener*innen während der Pandemie. Verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/psycho-soziale-situation-sora-2.pdf>

Abbildungen

Abbildung 1: Repräsentation in der Pandemie	8
Abbildung 2: Drei Drittel ökonomischer Ungleichheit	9
Abbildung 3: Ohnmacht in Bezug auf politische Behandlung	10
Abbildung 4: Auswirkungen der Pandemie im Jahresvergleich	11
Abbildung 5: Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation nach ökonomischen Ressourcen	12
Abbildung 6: Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit nach ökonomischen Ressourcen	13
Abbildung 7: Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit nach Altersgruppen	13
Abbildung 8: Junge Menschen in der Corona-Pandemie	15
Abbildung 9: Junge Menschen in der Corona-Pandemie nach Altersgruppen	16
Abbildung 10: Verteilung der Last der Corona-Pandemie	17
Abbildung 11: Verteilung der Last der Corona-Pandemie nach Altersgruppen	17
Abbildung 12: Zustimmung zur Anhebung des Pensionsantrittsalters	18
Abbildung 13: Sorgen wegen demographischer Entwicklung	19
Abbildung 14: Diskriminierungserfahrungen	20
Abbildung 15: Einschränkungen in der Lebensqualität	22
Abbildung 16: Freiheit in der Selbstwirksamkeit	23
Abbildung 17: Selbstwirksamkeit in Bezug auf Eigentum im Jahresverlauf	23
Abbildung 18: Freiheiten für kleine Unternehmen, Akzeptanz von Sozialleistungen und Staatsschulden	24
Abbildung 19: Ist die Demokratie in Österreich eher frei oder eher unfrei?	25
Abbildung 20: Freiheitsgefühl	25
Abbildung 21: Freiheitsgefühl nach empfundener Einschränkung durch mangelnde Kinderbetreuung	26
Abbildung 22: Regressionsmodell	31

Anhang: Regressionsmodell

Koeffizienten^a

		Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Soziodemografie	Geschlecht (männlich=1 / weiblich=2)	-0,386 *					
	Alter (in vier Gruppen)	0,641 **	0,511 ***	0,425 ***	0,341 ***	0,265 ***	0,211 ***
	Bildung (keine Matura=0 / Matura =1)	0,802 **					
Ökonomische Absicherung	Finanzielle Absicherung in der Zukunft (sehr schlecht=1 / sehr gut=4)		-1,056 ***	-0,628 ***	-0,543 ***	-0,474 **	-0,365 ***
	Auskommen mit HH-Einkommen (reicht nicht aus=1/kann sehr gut davon leben=4)		-1,024 ***	-0,587 ***	-0,547 ***	-0,496 ***	
Auswirkungen der Pandemie & das Gefühl mangelnder Repräsentation	Auswirkungen der Pandemie auf die finanzielle Situation (verschlechtert=1 / verbessert=3)				0,536 ***	0,499 ***	0,430 ***
	Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit (verschlechtert=1 / verbessert=3)				0,924 ***	0,861 ***	0,792 ***
	Die Politik hat bei der Bekämpfung der Pandemie die Lebensumstände von Menschen wie mir berücksichtigt (sehr=1 / gar nicht=4)				-0,660 ***	-0,657 ***	-0,539 ***
	In den Medienberichten über die Pandemie habe ich mich und meine Lebensumstände wiedergefunden (sehr=1 / gar nicht=4)				-0,228 ***	-0,251 ***	-0,221 **
Diskriminierungserfahrungen	Bei Polizeikontrollen (nein=0/ja=1)					0,875 ***	0,731 ***
	In der medizinischen Versorgung (nein=0/ja=1)					0,711 ***	0,496 ***
Lebens- und Wohnqualität	Fühlt sich durch schlecht ausgebaute öffentliche Verkehrsmittel eingeschränkt (sehr =1/ gar nicht=4)					0,190 ***	0,145 *
	Fühlt sich durch hohe Wohnkosten eingeschränkt (sehr =1/ gar nicht=4)					0,172 **	
Selbstwirksamkeit & Ohnmachtsgefühle	Egal wie sehr man sich anstrengt, es ist kaum noch möglich, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben (stimme sehr zu=1 /stimme gar nicht zu =4)						
	Leute wie ich verfügen nicht über die Möglichkeiten, die eigenen beruflichen Ziele zu erreichen (stimme sehr zu=1 /stimme gar nicht zu =4)						0,367 ***
	Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen zweiter Klasse (stimme sehr zu=1 /stimme gar nicht zu =4)						0,380 ***
	R2	0,07	0,22	0,35	0,37	0,38	0,41

Anm.: * verweist auf signifikante Effekte; Dargestellt ist B, der unstandardisierte Regressionskoeffizient; er gibt die Effektstärke der jeweiligen erklärenden Variable wieder: steigt die erklärende Variable um eine Einheit, steigt die zu erklärende Variable um B; ein negatives Vorzeichen bedeutet einen negativen Zusammenhang; R2 ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1; multipliziert mit 100 gibt R2 an, welchen Anteil der Gesamtvariation der abhängigen Variable durch das Modell erklärt wird (für das letzte Modell 7: 59%).